

**Neujahrs-Rede CDU Kreisvorsitzender Marc Henrichmann
am 23.01.2016 im Stift Tilbeck
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freunde der CDU im Kreis Coesfeld,

wir leben im Land der Dichter und Denker. Hermann Hesse wird das Zitat zugeschrieben, man müsse „das Unmögliche versuchen, um das Mögliche zu schaffen.“ Der Trend geht aber zur schnellen oder leichtverdaulichen Lösung. Auch weil die Vielzahl und Komplexität der Herausforderungen diese kaum noch greifbar erscheinen lässt. Und auch die Auseinandersetzungen im Netz und den Sozialen Medien werden zunehmend schärfer. In dieser Woche erschien selbst bei Spiegel-Online eine Kolumne, die wie folgt endete:

„Kommt zu uns ins Netz! Diskutiert mit, redet mit, zeigt Euch! Lasst uns nicht allein mit den stumpfen Horden. Kommt! Wir halten nicht mehr lange durch im digitalen Stalingrad der Vollidiotie.“

Das neue Jahr bietet Gelegenheit, gerade auch im Lichte der Flüchtlingsfrage kritisch über Umgang miteinander, über Erwartungen und Forderungen an Politik und Gesellschaft zu reden.

Wir haben Wohlstand genossen, mit der Welt gute Geschäfte gemacht. Wir haben miterlebt, wie sich Konflikte rund um das Mittelmeer zuspitzten. Wie Hilferufe aus Griechenland und Italien überhört wurden.

Dabei hätte uns in der „Generation Smartphone“ vielleicht viel früher klar sein müssen, dass europäischer Wohlstand und Sicherheit den Menschen in anderen Ländern nicht verborgen bleibt.

Kaum jemand hat jedoch vorausgesehen, was auf Europa zukommen würde. Es geht hierbei auch sicher nicht – wie einige meinen - um einzelne Entscheidungen unserer Bundeskanzlerin.

Auch ein Staatssekretär aus den eigenen Reihen, der anlässlich der totalen Überforderung vieler Stellen „Staatsversagen“ beklagte, ist während seiner langjährigen Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag nicht durch „Staatsverschlangungsoffensiven“ oder Armutsbekämpfungsprogramme aufgefallen.

Selbst hochrangige Juristen wie SPD-Mann Bertrams und der sein Buch vermarktende di Fabio können zwar jetzt vom heimischen Schreibtisch wie „Aushilfsbundespräsidenten“ kommentieren, sind aber zu Amtszeiten auch nicht als Antreiber dringend notwendiger Justizreformen aufgefallen. Verwaltungsgerichtsverfahren dauern 3 Jahre und länger. Kehre jeder vor seiner Tür!

Wir haben als Union gemeinsam mit der Kanzlerin im vergangenen Monat auf dem Bundesparteitag nach langer Debatte im großen Konsens beschlossen, dass durch verschiedene Maßnahmen in Europa und den Herkunftsländern eine deutliche und notwendige Reduzierung der Flüchtlingszahlen erfolgen muss – auch um hier die notwendige Integration leisten zu können. Sollten diese Maßnahmen nicht greifen, sollen DANN

Alternativen gefunden werden. Umso weniger verstehe ich manche öffentliche Reaktion einiger Beteiligter, keine 6 Wochen nach diesem Beschluss!

Geradezu wohltuend empfinde ich dagegen die Zusammenarbeit innerhalb unserer Kreispartei – mit Vorstand wie Kreistagsfraktion. Nicht laut, sondern fleißig stellen ganz viele ihre eigene Zeit und Person hintenan, um Lösungen für komplexe Themen zu erarbeiten. Dank dieser Mitstreiter können wir als Union unserer Aufgabe als kommunaler Motor gerecht werden. Dazu später noch mehr. An dieser Stelle zunächst ein herzliches Dankeschön für Einsatz, Rat und viele ermunternde Worte.

Auch die braucht es. Wir sind in Anbetracht der Flüchtlingsfrage als Kommune nämlich aktuell nicht nur in Sachthemen unterwegs, sondern mittendrin in der Auseinandersetzung mit den Grundwerten der Union.

Was bedeutet in der heutigen Zeit eigentlich „Freiheit des Einzelnen, Eigenverantwortung, christliches Handeln? Und was ist aus der die Union seit Adenauer über Kohl prägenden „Europäischen Idee“ geworden?

Zwar profitieren wir alle gerne von Reisefreiheit und Exportstärke innerhalb der EU, zu einem verfassungsrechtlichen Wertekanon hat es in Europa allerdings noch nicht gereicht. Es zeigt sich, dass ein schnell gebautes Haus selten ein sturmfestes Haus ist. Europa ist in Zeiten größter Herausforderungen in vielen Köpfen nur eine Währung und eine Hülle, aber keine Vision und Überzeugung.

Was jahrelang krumm wächst – um es am Beispiel eines Baumes zu skizzieren -, ist nicht in wenigen Wochen zu richten. Deswegen kann und wird es auch bei den aktuellen Themen keine schnellen und keine schonenden Lösungen geben. Das gehört zur politischen Redlichkeit zwingend dazu.

Wer sich also zur „Lage der Nation“ äußert, sollte tunlichst vorher Folgen abwägen und echte Lösungen zumindest beabsichtigen. Das National- und Rassengerede mancher Mitbewerber vom rechten Rand ist hier einfach nur gedankliche Vollverschleierung.

Und es tut schon weh zu sehen, wie wenig Vertrauen und Wertschätzung der Demokratie von einigen entgegengebracht wird, die ja gerade für viele Notleidende der Grund ist, ihre Heimat zu verlassen und nach Deutschland zu fliehen.

Politik muss also erklären, noch mehr, als sie das bislang tut. Vielleicht ist es wieder Zeit für Reden der Bundeskanzlerin zur Lage der Nation zur besten Sendezeit im Fernsehen, um Ziele und Zusammenhänge zu beschreiben.

Auch an die Seehofers und die Talkshow-Könige dieser Welt sei der sehnliche Wunsch gerichtet: Wer eine politische Lösung vorschlägt, sollte auch den Weg dahin beschreiben. Ansonsten weckt man – wie mit der vielzitierten Obergrenze – ggf. unerfüllbare Erwartungen.

Die oft geforderte Flüchtlingsobergrenze bedeutet nämlich nicht Grenzkontrollen, die seit September schon stattfinden, aber die die grüne Grenze gar nicht sichern können. Sie bedeutet DDR 2.0. Einen „Antimigrantischen Schutzwall“: Mauern hoch, Grenzen zu. Die Flüchtlinge aber bleiben vor der Mauer, solange die Bedingungen in der Heimat und den weltweiten Flüchtlingslagern nicht besser sind.

- Lassen wir sie erfrieren?
- Was machen wir mit Familien, Frauen und Kindern, die aus Verzweiflung die geschlossene Grenze übertreten? Ultima Ratio Schusswaffe? Halten wir solche Bilder aus?
- Was wird aus Griechenland und Italien, wo die Meisten ankommen? Lassen wir die Nachbarn „untergehen“?
- Wie kompensieren wir die Grenzkontrollen und Handelsbarrieren für die exportorientierte Wirtschaft? Der DIHT nennt Schäden in Höhe von 10 Mrd. €.
- Wie passt es zusammen, dass TTIP-Befürworter ein offenes Europa fordern, für Flüchtlinge am liebsten aber jede Grenze schließen würden?
- Und selbst, wenn – was dringend nötig ist - die EU-Außengrenzen gesichert wären, verschwindet damit die Not in den Herkunftsländern?
- Wird das Mittelmeer dann wieder zur Todesfalle? Wer erinnert sich nicht an das Bild des am Strand liegenden, ertrunkenen 3-jährigen Flüchtlingsjungen? Das hat mich persönlich ins Herz getroffen.

Viele unterschätzen die Wucht der Verzweiflung der Fliehenden!

Viele waren ja auch im vergangenen Jahr auf der Veranstaltung in Coesfeld zum Thema Christenverfolgung. Ich erinnere mich an die entsetzten Gesichter, als Volker Kauder von Raub, Vergewaltigung und Enthauptungen durch den IS - auch an Kindern - erzählte.

Sind diese Menschen gleichzusetzen mit einem notorisch raubenden Marokkaner aus den sog. Maghreb-Vierteln?

Im Falle einer fixen Obergrenze setzen wir sie gleich!

Wir sind und bleiben wir die Partei, die von differenzierenden Christen gegründet wurde. Die Partei, die gesagt hat: Wer es will, der soll es schaffen. Wer Hilfe braucht, der bekommt sie auch. Aber wer gegen Gesetze verstößt, spürt die Härte des Rechtsstaates.

Viele sehen noch gar nicht, wie groß auch die Chance in der aktuellen politischen Situation ist. Wer sich nicht hinter Hetze und in ideologischen Schützengräben verschanzt, der muss die Gelegenheit erkennen, jetzt endlich jahrzehntealte Versäumnisse zu beheben und sie – „groß denkend“ endlich anzugehen.

- 200.000 abgelehnte Asylbewerber gibt es. Schicken wir insbesondere die Kriminellen erstmal heim.
- Reden wir über ein Einwanderungsgesetz, um Zuwanderung steuern zu können und auch nicht Asylberechtigten einen Weg zu weisen, es auf ehrliche und fleißige Weise in Deutschland schaffen zu können.
- Führen wir mit den weltoffenen Muslimen und Islamverbänden zusammen eine schonungslose Debatte mit dem intoleranten Teil des Islam. Z.B. über die Rolle der Frau. Warum fürchten wir uns, anstatt zu sagen: Manches ist nicht religiös, sondern rückschrittlich! Das ist kein „Staatsrassismus“, wie Grüne und Linke meinen, sondern das ist offene Diskussionskultur.

- Wir haben diese Diskussion bereits in der vergangenen Vorstandssitzung begonnen. Mit Kader Selmi, weltoffener Moslem und selbstständiger Unternehmer, der sagt: „Ich habe mir vieles in Deutschland hart erarbeitet und lasse mir das von einigen kriminellen Migranten wie an Sylvester in Köln nicht kaputt machen. Die gehören eingesperrt und abgeschoben.“ Danke, für diese offenen Worte.
- Sagen wir auch, dass wir von Migranten und Flüchtlingen erwarten, dass sie sich in ihrer Heimat nach Kriegsende am Wiederaufbau beteiligen. Ein Gedanke, der mir in der Diskussion immer zu kurz kommt. Es geht um vorübergehende (!) Hilfe in Notzeiten.

Und losgelöst von der Flüchtlingsfrage:

- Beschleunigen wir endlich die behördlichen Verfahren. Mir fehlt in Anbetracht der vielen warmen Worte zur Digitalisierung das Verständnis, wenn es u.a. wegen Ausschreibungsverfahren immer noch Monate dauern soll, bis unsere Behörden leistungsfähig sind.
- Statten wir die Polizei gescheit aus. Damit sie sich nicht mit ministeriellen Maulkörben und schlechter Ausstattung fühlen muss wie bessere Schülerlotsen. Wenn sich die Menschen bei uns sicher fühlen, dann kehrt auch wieder Ruhe ein.
- Weg mit permanenten Zuständigkeitsdebatten. Helmut Schmidt ist gefeiert worden für den unbürokratischen Einsatz der Bundeswehr bei der Hamburger Sturmflut 1962. Er hat einfach durchregiert. Heute versteht in vielen Bereichen kein Bürger mehr, wer und welche Stelle für was zuständig ist.
- Setzen wir aber auch als Union mit unserer Kanzlerin weiter auf Europa. Als Friedensgarant und Wirtschaftsraum, aber auch als Wertegemeinschaft und klar geregelten Kompetenzen. Notfalls in einem Kerneuropa. Polen oder Ungarn begreifen vielleicht erst dann, dass Wirtschaft, Umweltschutz oder eben Flüchtlinge nicht an nationalen Grenzen halt machen.
- Und wenn es im Zuge mit Europa um Handelsabkommen mit den USA oder Kanada wie TTIP geht: Sagen wir klar, dass wir sie u.a. für eine leistungsfähige Exportwirtschaft brauchen.
- Aber sagen wir den Menschen auch ganz deutlich: Mit der Union wird es bei diesen Abkommen keinen Abbau von Verbraucher- und Umweltschutzstandards oder Arbeitnehmerrechten geben.

Meine Damen und Herren,

an all dem arbeiten wir in der Union. Und ich sagte es eingangs: Wir fordern als CDU-Kreisverband nicht nur, sondern wir liefern.

Zentral für einen handlungsfähigen Staat sind leistungsfähige Kommunen. Als ersten Schritt zur Lösung der aufgeworfenen Fragen haben wir einen Forderungskatalog und

einen Lösungsansatz beschlossen, um die aktuelle Not der Kommunen zu lindern und Integration zu ermöglichen. Worum geht es:

- Die Unterbringung der Flüchtlinge ist derzeit allein Ländersache.
- Die Zuweisung auf die Kommunen erfolgt nach wie vor über das Land kurzfristig und nach unverständlichen Schlüsseln.
- Wir wollen aus dieser Pflichtaufgabe der Kommunen eine pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheit machen. U.a. aufgrund der Integrationsfähigkeit, Platzkapazitäten, Finanzen etc. sollen die Kommunen und Räte auf Augenhöhe mit den Ländern entscheiden können, wie vielen Flüchtlingen sie eine Bleibe bieten können.
- Regelmäßig aktualisiert und anhand eines überprüfbaren Kriterienkataloges. Als gleichberechtigter Partner der Länder, nicht als deren „Befehlsempfänger“.
- Wir nennen dies „Kommunale Kontingente“. Parallel daneben muss dann auch das Land adäquate Aufnahmeeinrichtungen vorhalten.
- Dies sichert die Handlungsfähigkeit der Kommunen und des Ehrenamtes und nimmt die Länder zusätzlich in die Pflicht, ihrerseits für eine menschenwürdige Unterbringung zu sorgen.
- Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive würden so - anders als jetzt - gar nicht erst in die Kommunen weitergeleitet.
- Die notwendigen Abschiebungen abgelehnter oder straffälliger Asylbewerber würden beschleunigt.
- Kommunen und Ehrenamt könnten sich umgehend um Integration der zugewiesenen Flüchtlinge mit Bleibeperspektive kümmern. Und ich sage es ganz deutlich: Anders sehen wir – auch aufgrund der ignoranten Haltung dieser Landesregierung - keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mehr.

Wir haben diesen Katalog gestern bereits an alle zuständigen Stellen bei EU, Bund und Land geleitet. Und wir sind von unserem Konzept der Kommunalen Kontingente so überzeugt, dass wir Resolutionsentwürfe an die Räte im Kreis Coesfeld vorbereiten.

Es ist ein erster Schritt in 2016 auf unserem Weg,...

- Deutschland und Europa besser und schlagkräftiger zu machen.
- Überflüssige und nicht alltagstaugliche Strukturen zu verändern.
- Mit den integrierten Muslimen den radikalen Islamismus zu besiegen.
- Jahrzehntelange Integrationsversäumnisse zu beheben.
- No-Go-Areas und kriminelle Banden zu zerschlagen.
- Unsere eigenen Grundwerte neu mit Leben zu füllen.

Und nur wir als Union haben eine politische Bilanz im Gepäck, um die aktuellen Herausforderungen auch wirtschaftlich zu stemmen. Ich nenne nur den soliden Bundeshaushalt oder Halbierung der Arbeitslosenzahlen.

Meine Damen und Herren,

auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos hat das Magazin US News gemeinsam mit der Universität Pennsylvania eine Studie veröffentlicht, an der 16.000 Teilnehmer teilgenommen haben. Es ging anhand vieler verschiedener Kriterien um den Titel „Bestes Land der Erde“!!! Der Titel ging - mit deutlichem Abstand – an Deutschland. So sieht uns die Welt.

Sicher gibt es in vielen Bereichen Nachholbedarf. Und manche sagen vielleicht, das schaffen wir nicht. Ich sage denen: Gemeinsam werden wir es denen schon zeigen. Haben wir Mut zum Optimismus! Und versuchen wir frei nach Hermann Hesse doch mal das Neue, das unmöglich Scheinende.

Das ist unser gemeinsames „Staatspessimismus-Bekämpfungsprogramm 2016“.

Vielen Dank, für Ihr offenes Ohr und Ihre Unterstützung.